



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Die Constitutionellen in der gegenwärtigen Krisis.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

das Ministerium den Ereignissen im Nachbarstaate hätte große Aufmerksamkeit zuwenden können. Da sich aber seitdem eine sichere Majorität für das Ministerium gefunden hat, so dürfte sich dieses wol angelegentlicher mit den Zuständen eines Landes beschäftigen, das den Spaniern das verlockende, aber halbvergeffene Schauspiel einer Militairrevolution wieder vorgeführt hat, und den Miguelisten, welche mit den Spanischen Carlisten in enger Verbindung stehen, neuen Spielraum zu geben verspricht. Das republikanische Frankreich ist schon aus innerer Seelenverwandtschaft für den absolutistischen Thonar, der durch seine Feindschaft mit Lord Palmerston einen Anspruch mehr auf die Gönnerschaft der jungen Republik hat. Lord Palmerston ist, nach der Sprache der ministeriellen Blätter zu schließen, nicht betrübt über Thonars Fall, aber sieht ungern den gewaltsamen Umsturz, der weder der Regierung Festigkeit, noch dem Lande Aussicht auf Reformen giebt. Eine Bewegung der beiden extremen Parteien, der Miguelistischen und der septembristischen, könnte sogar den Casus foederis der Quadrupelallianz wieder ins Leben rufen und zu einer Intervention der drei Mächte führen.

### Die Constitutionellen in der gegenwärtigen Krisis.

Ich konnte es mir denken, daß die beiden Briefe über die Stellung unsrer Partei zu den neuesten Verfassungs-Versuchen der Preussischen Regierung eine lebhaftere Opposition hervorrufen würden. Der Umbildungs-Proceß, in dem wir begriffen sind, kann nicht ohne eine heftige innere Gährung vor sich gehen. — Von den Zeitungen unsrer Farbe, die mir zu Gesicht gekommen sind, nimmt nur die Weserzeitung mit großer Entschiedenheit den Standpunkt ein, der auch der meinige ist. — Dagegen haben die Breslauer und die Reichszeitung sich veranlaßt gefühlt, ziemlich leidenschaftlich gegen mich aufzutreten.

Was die erste betrifft, so habe ich zunächst den unschicklichen Ton zu rügen, in dem ihre Polemik gehalten ist, und der keineswegs durch das Gewicht ihrer Gründe gerechtfertigt wird. Redensarten, wie folgende: „Die constitutionelle Partei führt ihren Namen von der Constitution. Sie ist die Partei des Verfassungsstaats, und der Verfassungsstaat ist eben der Rechtsstaat, die allein haltbare Stellung einer constitutionellen Partei, der Standpunkt des vielverspotteten Rechtsbodens. Giebt die Partei diesen auf . . . , dann mögen ihre Mitglieder alles Mögliche sein . . . , Constitutionelle sind sie nicht mehr, und eine constitutionelle Partei hat aufgehört zu existiren“ — solche Redensarten sind nicht geeignet, uns über unsre Lage aufzuklären, und sie gehören in die Kategorie jener formellen Deductionen, in denen sich ein Theil unsrer Partei mit Vorliebe bewegt, und über die man sich mit Recht lustig gemacht hat.

Im Uebrigen ist in diesem Aufsatze meine Auffassung vollständig verdreht worden. Es handelt sich gar nicht darum, was der Einzelne thun soll, der die Ueberzeugung hegt, daß seine Theilnahme an den neugeschaffenen Institutionen mit seinem Eide auf die Verfassung unverträglich sei. Wo das Gewissen spricht, haben alle übrigen Rücksichten zu schweigen, und Hr. v. Wincke hat z. B. ganz Recht daran gethan, sich 1849 der Wahl nach dem einseitig amendirten Wahlgesetz zu enthalten, obgleich die Partei wählte, und obgleich er selbst später seine Ansicht von dem Verhältniß des Rechts- und des Möglichkeitsprincips geändert hat.

Es handelt sich vielmehr darum, ob diese Ueberzeugung auch Diejenigen binden soll, für welche die genannte Unvereinbarkeit nicht so unzweifelhaft ist. Mein Gegner giebt zu, daß diese Unvereinbarkeit objectiv nicht auszumachen ist, er glaubt aber, sie subjectiv den Constitutionellen imputiren zu müssen, „die unmöglich ver-gessen können, in welchem Sinn sie die Verfassung aufgenommen haben; die es wissen müssen, daß bei der ausgesprochenen Aufhebung der Standesvorrechte (mit Aufstellung einer Patrie!) Niemand an die Möglichkeit des Fortbestehens der ritterlichen Privilegien gedacht hat“ u. s. w. — Das ist nur eine Deduction, die als solche nicht schlagend auf das Gewissen wirkt. — Die beschworene Verfassung enthält eine Menge Widersprüche gegen den Geist derselben; das betreffende Gesetz ist unklar und verworren; der König hat die Verfassung auf eine ungewöhnliche Weise beschworen — das Alles sind Thatsachen, deren Eintreten wir nach Kräften bekämpft, die wir aber nicht gehindert haben, nicht aus jenem mythischen Vertrauen, das Gott weiß wer! damals noch gehegt haben mag, sondern weil wir nicht die Macht hatten, sie zu hindern. Wir konnten die Majorität der Kammer nicht zwingen, in unserm Sinn zu stimmen, wir konnten den König nicht zwingen, in unserm Sinn zu schwören. — Wenn wir die Macht haben werden, jene Widersprüche der Verfassung in unserm Sinn zu lösen, so werden wir es unzweifelhaft thun; jetzt haben wir diese Macht nicht, und wenigstens nach meiner Ueberzeugung wird uns der passive Widerstand sie uns eben so wenig verschaffen, als es bei den Demokraten der Fall gewesen ist.

Wenn wir nicht aus zwingenden Gewissensgründen (oder aus persönlicher Abneigung, zum Besten des Landes noch ferner im Schmutz zu wühlen, welche Abneigung ich bis zu einer gewissen Grenze für vollkommen berechtigt halte,) Widerstand leisten, sondern aus politischen Motiven, so kann das nur unter zwei Umständen als gerechtfertigt gelten. Entweder hoffen wir dadurch, die beabsichtigte „Rechtsverletzung“ abzuwenden, oder wir wollen die herrschende Partei vollständig vom Volk isoliren, d. h. eine Revolution herbeiführen (oder abwarten; ich streite nicht um Worte).

Von dem ersten giebt mein Gegner zu, daß es eine thörichte Hoffnung ist. „Die alten Stände werden ins Leben treten, wir zweifeln nicht daran.“ Da-  
Grenzboten. III. 1851.

gegen glaubt er nicht, daß sie eine politische Wirksamkeit haben werden. — Eine Einwirkung auf die sogenannte höhere Politik allerdings nicht, die haben die Kreistage nie gehabt; aber daraus allein besteht meines Wissens das Staatsleben noch nicht. Einen wie ungeheuren Einfluß die Communal- und Kreisvertretungen auf das reale Leben des Volks ausüben, das haben selbst die Demokraten nicht ignoriert, die trotz ihrer Ueberzeugung von dem angeborenen Menschenrecht der Urwahlen sich an der Wahl der Gemeinderäthe theilhaftig haben. Wenn wir also die Kreistage ausschließlich der Reaction überlassen (sie waren es früher nicht; sie galten noch 1847 in der Majorität für liberal), so scheint mir das allerdings ein Verlust für unsre Sache. Es hängt aber noch mehr damit zusammen. Werden die Kreistage durchgesetzt, was mein Gegner glaubt, so würde es sich nicht damit vertragen, daß Administrativstellen von Einfluß in den Händen von Männern bleiben, die gegen die Rechtsgiltigkeit derselben protestiren. Wenigstens wird die Regierung diese Logik unzweifelhaft verfolgen, und das war es, was ich mit dem „Heranstreten aus dem realen Staatsleben“ meinte. — Mein Gegner meint: „noch bestehen die verfassungsmäßigen Organe, noch ruht in ihnen von Rechtswegen die Realität des Staatslebens.“ — Sie bestehen allerdings noch, wenn auch in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nur noch auf ein Jahr, und Niemand wird weniger als ich geneigt sein, an der Bedeutung dieser legitimen Körperschaften, namentlich beim Eintritt einer Krise, und auf alle Fälle zur Anknüpfung eines geseglichen Fortschritts, zu zweifeln. An ihrer Erhaltung liegt unendlich viel. — Für den Augenblick aber beschränkt sich ihre reale Wirkung auf die Möglichkeit, eine laute Opposition zu machen.

Wir würden übrigens auch in diesem Punkt in eine eigene Lage kommen. Wenn der Vorschlag, von Seiten der Kammern die neuen Schritte des Ministeriums für null und nichtig zu erklären, nicht durchgeht, oder wenn er unbeachtet bleibt, werden dann die Bedenken gegen das Verbleiben in der Kammer nicht eben so groß werden, als die Bedenken gegen den Eintritt in eine Körperschaft, die vorläufig doch nur eine thatsächliche Bedeutung hat?

So weit ich also sehe, kann die Consequenz des beabsichtigten Schrittes nur zu einem Ausgang führen: zum vollständigen Aufgehen in die Demokratie. — Bei diesem Punkt erwartet mich mein zweiter Gegner, der  $\Delta$  Correspondent „vom Rhein“ der Reichszeitung, der mit ungleich mehr Anstand und Geist zu Werke geht. Ehe ich auf Diesen komme, muß ich noch eine beiläufige Bemerkung machen. Die Partei besteht doch wol nicht blos aus ihren parlamentarischen Vertretern? und ehe man sich zu einem entscheidenden Schritt entschließt, muß man sich doch wol die Frage vorlegen, wie Viele ihm folgen werden? — Doch dies nur beiläufig; einzelne Localerfahrungen über die viel besprochene Fusion könnten unsre Führer wol bedächtiger machen. Bei den extremen Parteien sind die Führer die Hauptsache, das Uebrige ist Masse; bei uns ist es umgekehrt. In der Selbstständigkeit

unsrer einzelnen Glieder liegt der Grund unsrer Vorzüge, aber auch freilich unsrer Fehler, denn sie erschwert das Zusammenwirken und die Disciplin.

Noch eine zweite Bemerkung. Bei den Blättern unsrer Farbe macht es einen wesentlichen Unterschied, ob sie ausschließlich oder wenigstens vorzugsweise für Preußen, oder ob sie zunächst für das übrige Deutschland berechnet sind. Bei den ersten ist es ganz natürlich, daß sie vor Allem die innere Politik in Betracht ziehen, und sich in ihrer Opposition gegen das Ministerium durch keinerlei Rücksichten beschränken. Ihr Publicum ist ohnehin Preussisch genug, und wird sie nicht mißverstehen, es wird in ihren Angriffen gegen die augenblicklichen Vertreter dieses Staats keine Hinneigung zu einem andern Staat suchen. — Die andern Blätter müssen vorsichtiger sein, so lange sie überhaupt an der Idee, daß Preußen quand-même zur dereinstigen Leitung der eigentlich Deutschen Angelegenheiten berufen sei, festhalten; denn im „Reich“ ist man noch nicht gewohnt, die Idee des Preussischen Staats von seiner augenblicklichen Erscheinung zu sondern, und jede Discreditirung Preußens ist, wie jetzt die Sachen liegen, eine indirecte Empfehlung Oestreichs. Die Reichszeitung ist darin mit den Grenzboten in gleicher Lage.

Wenn aber der Correspondent der Reichszeitung in dieser Beziehung sündigt, so geschieht es nicht aus Unbedacht. Seine Hoffnung auf Preußen ist vollständig vernichtet; in der Ansicht über die politischen Mittelparteien geht er entschieden mit Herrn von Unruh, und wenn er seine Ueberzeugung, die constitutionelle Partei müsse in die Demokratie aufgehen, auch noch mit einem halben Fragezeichen begleitet, so ist das nur eine oratorische Wendung.

Eine offen ausgesprochene Ansicht, die wenigstens ein klares Bild verstatet, ist immer zu ehren. Aber ist sie nicht dennoch vorzugsweise aus einem momentanen Unmuth entsprungen? Sind ihre Voraussetzungen nicht durch die Stimmung des Augenblicks gefärbt? Das ist es, was wir zu untersuchen haben.

Ernst genug faßt er die Sache auf. Er sieht in dem Uebergreifen der Demokratie, welches doch unzweifelhaft durch unsern Beitritt beschleunigt werden mußte, die Nothwendigkeit der Revolution; in der Revolution sieht er den Untergang der Cultur eines Menschenalters. In Beidem ist er mit mir gleicher Ansicht. Aber er weicht in zwei Punkten von mir ab: in dem Werth, den ich dieser Cultur beilege, und der Möglichkeit, sie zu erhalten und weiter zu entwickeln.

In unsrer Cultur findet er, ganz wie Herr v. Lassaulx, Nichts als einen langsamen Zersetzungsproceß, wie in den letzten Zeiten des Römischen Staats. Es scheint mir, als ob er sich durch den äußern, freilich etwas faulen Schimmer unsrer Cultur täuschen ließe. Wir schreiben schlechte, schwindfüchtige Romane, und wissen uns in der höhern Politik nicht zu helfen, wir schwanken aus einem Extrem ins andere: das Erste ist die Folge einer voreiligen Treibhausbildung, die unsre poetischen Kräfte in exotischen Blüten absorbiert hat, und für die wir nun

büßen müssen; das Zweite das Resultat einer dreihundertjährigen Geschichte, die nur zum Theil dem Volke zur Last fällt. Was dagegen den eigentlichen Kern der Cultur ausmacht, das sittliche Leben, der Drang nach einer geregelten, consistenten Thätigkeit, und das Bestreben, klar zu sehen, finde ich in unsrer Zeit mehr als in irgend einer andern. Wenn man unser Familienleben, unser strenges Rechtsgefühl in Privatangelegenheiten, unsre Industrie und unsern wissenschaftlichen Eifer überseht, so sollte doch der Vergleich mit der Römischen Cultur etwas gewagt erscheinen. Wir haben noch sehr viel zu verlieren, wenn die Entwicklung unsrer jetzigen Zustände gewaltsam unterbrochen wird, und nicht uns allein, auch die Geschichte trifft dieser Verlust.

Eben so wenig scheint mir die innere Nothwendigkeit eines gewaltsamen Umschwungs ausgemacht. Wenn wir für den Augenblick im schnellsten Rückschritt begriffen sind, so darf man nicht vergessen, daß dieses zunächst nach dem Gesetze der Ebbe und Fluth erfolgt; daß wir im Allgemeinen im Fortschreiten sind, ergibt der erste beste Vergleich mit den analogen Zuständen von 1849. Sowol die Reaction als die progressivistische Partei von 1851 ist besser als die damalige; die Reaction ist gezwungen worden, sich unsrer eigenen Mittel zu bedienen, und der Liberalismus steht klar in alle Verhältnisse. Man bedenke, daß damals ein Görres zu den Hauptträgern des Liberalismus gehörte. — Auch kann ich den Rest unsrer politischen „Errungenschaften“ nicht für so unbedeutend halten. Die Ansicht meines Gegners, er würde sich weder wundern, noch besonders betrüben, wenn eines schönen Morgens die jetzige Pressfreiheit und die parlamentarische Form aufgehoben würde, erscheint mir so paradox, daß sie kaum eine Widerlegung verdient. Allerdings giebt es auch Stimmen, die selbst die Censur der gegenwärtigen Gefahr, jeden Augenblick durch Repressivmaßregeln getroffen zu werden, vorziehen, aber diese Stimmen gehören jener Literatur an, die nur unter der Censur gedeihen konnte, weil sie Wunderdinge erzählte von dem, was sie sagen könnte, wenn sie es sagen dürfte. Eigentlich stehen wir in diesem Punkt noch nicht schlimmer, als die Franzosen.

Wenn wir also einmal die Revolution als ein Uebel fürchten müssen; wenn wir ferner noch immer Mittel und Wege sehen, ohne Gewalt die gegenwärtigen Zustände zu bessern, sobald in der öffentlichen Meinung jener Rückschritt erfolgt sein wird, der nicht ausbleiben kann, so scheint es mir falsch, die Frage nach unserm Verhalten auf zukünftige Eventualitäten zu beschränken, die keinen klaren und bestimmten Plan zulassen. Wenn wir von vorn herein von dem Gedanken einer unvermeidlichen Revolution ausgehen, so speculiren wir allerdings auf die Revolution. Uebrigens ist noch nie eine Revolution zu Stande gekommen ohne die wenigstens indirecte Mitwirkung der Mittelklassen, als deren Vertreter wir uns doch betrachten müssen. Da ferner die dauernde Herrschaft der extremen Revolutionspartei auch nach der Revolution eine Absurdität ist, da wir auch nach der

Revolution den Kampf gegen die Revolution, so wie gegen den Absolutismus von Neuem beginnen müßten, so scheint es mir einfacher, das jetzt zu thun, was wir dann doch wieder zu thun hätten. Der Gegensatz, den mein Gegner aufstellt, kosackisch oder republikanisch, ist eine von jenen Abstractionen, die eigentlich Nichts sagen. Wenn es heißen soll: kosackisch oder Französisch, so würde ich nach der bekannten Anekdote mich für Amerika entscheiden; soll aber nur der Gegensatz von Despotismus und Republik damit ausgedrückt werden, so ist die erstere Regierungsform nur in einem auch in der Privatstittlichkeit depravirten Volke möglich, und der Name Republik besagt vorläufig auch nichts Anderes, als das Nichtvorhandensein eines erblichen Königthums. Wir haben in Deutschland noch nach zwei Seiten hin Fortschritte zu machen. Unsrre Staaten müssen noch etwas absolutistischer werden, und unsre Gemeinden etwas republikanischer, als sie es jetzt sind.

Um nun aber zu der Frage zurückzukehren, von der ich ausging: wäre die Restauration der Provinzialstände ein einzelner oder ein erster Act, so würde ich den passiven Widerstand nicht nur für nothwendig halten, sondern ich würde ihm auch die Möglichkeit eines Erfolgs zuschreiben. Nach dem aber, was in den letzten Monaten durch ganz Deutschland, z. B. in Sachsen, geschehen ist, glaube ich nicht, daß man an einem beliebigen Punkt Halt machen kann. Wie weit der Einzelne in diesem Punkt Widerstand leistet, hat er mit seinem Gewissen auszumachen, aber man möge nicht den Widerstand als einen Act der Partei darstellen. Unsrre Partei beruht auf der Idee der Möglichkeit einer organischen Entwicklung. Wenn wir diese aufgeben, so geben wir die Partei selbst auf. Ich läugne nicht, daß das einmal geschehen kann, es darf aber nach meiner Ueberzeugung erst dann geschehen, wenn das letzte Wort gesprochen ist. Vorläufig würden wir durch das Ausgehen in die Demokratie eine Reihe politischer Doctrinen adoptiren, die wir, soviel ich weiß, nicht theilen, und wir würden einen neuen Weg einschlagen müssen, den wir nicht übersehen, und auf dem wir nicht weit kommen würden.

Jedenfalls ist der Conflict zwischen zwei Rücksichten vorhanden, und es ist nöthig, daß wir unsre neue Lage mit Ruhe überlegen. Durch ein überlautes Wesen, wie es in dem Artikel der Breslauer Zeitung gemacht wird, werden wir nicht gefördert, und es wäre schlimm, wenn wir in unsrer Partei bei dem Eintreten von Meinungsverschiedenheiten das erste Beispiel von gegenseitiger Brutalität geben sollten, welches die Demokraten in ähnlichen Fällen so glücklich vermieden haben. Und doch würde man sich nicht erwehren können, auf ähnliche vorlaute Redensarten einmal energisch zu antworten. † †